

## Neues aus dem Neckartal

Politisches nicht nur aus Rottenburg, Hirrlingen, Starzach und Neustetten

### Corona-Krise im ländlichen Raum

#### Ein Stimmungsbild

**Jüngst schickte mir ein Freund eine Mail, die ich zunächst nicht verstanden habe. Ihr kurzer Inhalt lautete lapidar:**

**Angst klopfte an,  
Vertrauen öffnete.  
Keiner war draußen.**

Freundlicherweise fügte der Freund noch hinzu, dass es sich hierbei um ein chinesisches Sprichwort aus der frühen Shang-Dynastie handeln soll. Da stehe ich nun da, in diesen Pandemischen-Tagen, und soll in diesen schwierigen vaterländischen Zeiten, dem Wünschelrutengänger gleich, Exegese betreiben und herausfinden, was der weise Chinese gemeint haben könnte. Das ist alles nicht so einfach, weil es gleichzeitig eine unübersehbare Menge an Wissern, Besserwissern, Politikern und Virologen gibt.

Sie alle wollen mir sagen, wo's langgeht, welche Schutzmaske die beste sei, wen ich nicht besuchen darf, was ich keinesfalls lesen sollte, mit welchem Desinfektionsmittel ich meine Hände unbedingt benetzen solle, damit die Viren auf meiner Haut keine Chancen haben. An die Maske habe ich mich immer noch nicht richtig gewöhnen können. Ich hoffe stark, ja ich bin

sicher, dass ich mich an diesen textilen Schutzfaktor spätestens bis Weihnachten gewöhnt habe und dann keine unsinnigen Fragen nach Nutz und Frommen mehr stellen werde.

Professor Christian Drosten, meine tägliche mediale Abendandacht im Fernsehen, hat mich fast schon so weit gebracht:



Ich glaube ihm bereits heute fast alles, seine Kurven, Zahlen, Statistiken und globalen Hinweise, vor allem der R-Faktor, dieses Mysterium, das uns sagen will, wir könnten es in wenigen Monaten oder Jahren geschafft haben, wenn wir alles so machen, wie die im Fernsehen vorgeschlagen und wie es uns die rührend besorgte Kanzlerin

dringend ans Herz legt. Erst jüngst habe ich den jahreszeitlichen Reifenwechsel in Rottenburg vorgenommen. Das freundliche Personal im Autohaus erzählte mir ganz unaufgeregt von einer morgendlichen Razzia im Betriebsgebäude durch die örtlichen Corona Rangers. Sie durchforsten unangemeldet und überfallartig, aber pflichtbewusst, Buchläden, Getränkemärkte, Tankstellen, Baumärkte, Metzgereien, Bäckereien und kontrollieren, ob und wie Masken getragen werden, Desinfektionsgeräte griffbereit stehen, wie es sich mit dem Mindestabstand verhält – aber das lässt sich mit dem geeichten Zollstock unschwer nachmessen. Die Rangers sind der Garant für überwachte und exekutierte Gesetzestreue in Stadt und Land – die lassen nicht mit sich spaßen.

Am 9. Mai, ich konnte es mir einfach nicht verkneifen, bin ich dann entgegen dem Rat lieber Nachbarn doch auf den Cannstatter Wasen zur Groß-Demo gegen Abbau so mancher demokratischer Grundrechte gepilgert. 10.000 oder noch viel mehr haben sich da bei ziemlicher Hitze eingefunden. Die genaue Anzahl der Protestler wusste die Polizei auch nicht, und das war ihr auch ziemlich recht, je kleiner desto besser für die Medien und die Demokratie.

>>>

Lesen Sie weiter:

**Ergenzinger Landwirte protestieren Seite 4**

**Warum ist der Rottenburger Schlachthof so wichtig? Seite 5**

**Stuttgart 21, Von Hoffnungsträgern zu Tätern Teil 3 Seite 6**

**Kita-Bedarfsplan auf Kante genäht Seite 9**

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer die Stadt!

Ja, also es sprach dann auch der inzwischen von ARD und ZDF heftig angefeindete Ken Jebsen aus Berlin, der übrigens vor über 30 Jahren Musikredakteur bei Radio Neufunkland in Reutlingen war. Heute kämpft er bundesweit für die strikte Einhaltung des Grundgesetzes (Versammlungsfreiheit, Redefreiheit, Religionsfreiheit), weiß eine ganze Menge Richtiges über Bill Gates und seine Verflechtungen zur Weltgesundheitsbehörde (WHO) zu sagen, warnt nicht un begründet vor dem Menetekel Impfzwang und einem von der Politik schon mal vorsorglich herbeigeredeteten Gesundheitspass. Merkel möge zurücktreten, fordert er unter lautem Jubel. Und dann am Abend, in den Nachrichten von ARD und ZDF, aber auch auf SWR4 wird von einer Demonstration berichtet, die angeblich von rechten Kreisen, von Pegida-Sympathisanten und latenten gewaltbereiten linken Störtrupps unterwandert gewesen sei.

Nichts von alledem war allerdings für den unbefangenen Beobachter zu beobachten, und da war wohl der öffentlich-rechtliche Wunsch der Vater des Gedankens. Es ging laut, lustig, kunterbunt und grundgesetzkonform zu, und Störenfriede, die waren nun wirklich die absolute Ausnahme, und das vereinzelt Tragen der deutschen Bundesflagge, das ist ja sogar im Fußballstadion bislang nicht verboten – oder täusche ich mich? Der freie Journalist Ken Jebsen ist inzwischen von den Medien als vogelfrei erklärt, er kann und wird in den Kommentaren abgeschlachtet, das Medienkonzert ist einhellig. Nur mit der Demonstration vom 9. Mai auf dem Wasen unter der Federführung der Aktion Querdenken 711 hat das alles nichts mehr zu tun. Ein deutscher Rechtswissenschaftler, Rudolf Jhering, sagte in diesem Zusammenhang einmal: In Deutschland ist alles verboten, was nicht ausdrücklich erlaubt ist. Dieser Kernsatz, das lehrt die Corona-Gegenwart nachdrücklich, lohnt einer näheren und dringenden Prüfung.

Aber es gibt noch ganz andere Verbote, auch in Rottenburg: Zum Beispiel darf in Bad Niedernau auch in Corona-Zeiten kein Heilwasser mehr fließen, weder im Sanatorium, noch am Badhäusle, noch bei der traditionellen Römerquelle am Waldrand. Die Eigentümergemeinschaft im Bund mit der Kirche hat solches schon vor langer Zeit sehr willkürlich beschlossen. Und jetzt ist guter Rat teuer, wie könnten die Brunnlein wieder heilend munter fließen? Wasser, zumal Heilwasser, ist eigentlich ein Geschenk und Gut der Natur, das nicht allein privatwirtschaftlichen Gesetzen folgen sollte.

Die Kreissparkasse würde gerne ihr Gebäude in der Königsstraße abreißen. Aber – und das ist nun eine gute Nachricht – es klemmt hinten und vorne. Vielleicht hat die Kasse nun doch begriffen, dass in postcorona Zeiten kein Raum für

Spekulationsobjekte mehr gegeben sein wird. Die Stadt hätte (so das Gerücht) das schmucke Gebäude für 1 Euro erwerben können. Aber da hat OB Neher kalte Füße bekommen und lässt den Schwarzen Peter lieber bei der KSK. Es ist sicher nicht verboten, hierüber noch einmal ganz neu nachzudenken. Und wie werden sich die Viren beim Abriss verhalten, gesetzeskonform, kooperativ oder doch heimtückisch? Fragen über Fragen.



Und dann gibt es noch den Eiertanz mit dem Schlachthof. Auch hier wird die Verantwortung mächtig hin- und hergeschoben. Die Verwaltung setzt auf Aussitzen, Ausschüsse, Gutachten und Arbeitskreise und das in der Hoffnung, dass Regionalität sich irgendwie selbst erledigt. Mag sein, dass die Backsteine des Schlachthofs dem Triumphvirat noch auf die Füße fallen. Fleischerhandwerk und Corona – da gibt es doch Hinweise, die die Verwaltung gewiss aufhorchen lassen.

Ich habe übrigens beschlossen, mir einen neuen Corona-Schutz zu gönnen, eine schmucke Messeneuheit aus den Händen eines jungen Start-up-Unternehmens der Domstadt, eine Seh- und Hörhilfe, die keine Pressemitteilungen der Exekutive und der Politik mehr durchlässt, sondern allein auf den gesunden Menschenverstand geeicht ist (nicht verschreibungspflichtig). Die Erfindung ist erst seit kurzem auf dem Markt. Im Beipack wird empfohlen, Radio- und Fernsehnachrichten höchstens einmal wöchentlich zu konsumieren. Ein Mehr habe unabsehbare, ja womöglich irreparable Nebenwirkungen. Bei strenger Anwendung des schicken Gadgets wachsen Vernunft, Ratio und Selbstbestimmung wieder wie von selbst nach. Wenn das kein Versprechen ist!



**Dr. Christian Hörburger**

Gemeinderat  
„DIE LINKE“  
Rottenburg - Obernau

**Werdet Mitglied der Linken!**

**Je stärker DIE LINKE.  
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.  
desto sozialer das Land!**

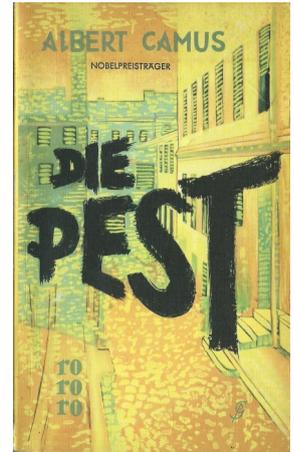
**Je stärker DIE LINKE.  
desto sozialer das Land!**

# Albert Camus

## Die Pest

Aus gegebenem Anlass und im Hinblick auf alle Vorsichtsmaßnahmen, die von der kommunalen Exekutive wegen der Corona-Krise auch der gemeinen Bevölkerung in der Neckarmetropole angeraten wurden, veröffentlichen wir einen Auszug aus dem Roman „Die Pest“ von Albert Camus.

Das Werk wurde 1947 vom Nobelpreisträger geschrieben und offenbart noch heute erstaunliche Anklänge an gegenwärtige Ängste, Befürchtungen und aktuelle Alpträume.



### Camus: Die Pest, 2. Kapitel

Die Zusammenstöße an den Toren, in deren Verlauf die Polizei von ihren Waffen hatte Gebrauch machen müssen, schufen eine dumpfe Aufregung. Es hatte sicher Verwundete gegeben, aber in der Stadt redete man von Toten, da infolge der Hitze und der Angst alles übertrieben wurde.

Auf alle Fälle stimmte es, daß die Unzufriedenheit ständig wuchs, daß die Behörden das Schlimmste befürchteten und allen Ernstes die Maßnahmen überlegten, die zu ergreifen wären, wenn die von der Seuche geknechtete Bevölkerung sich erheben sollte.

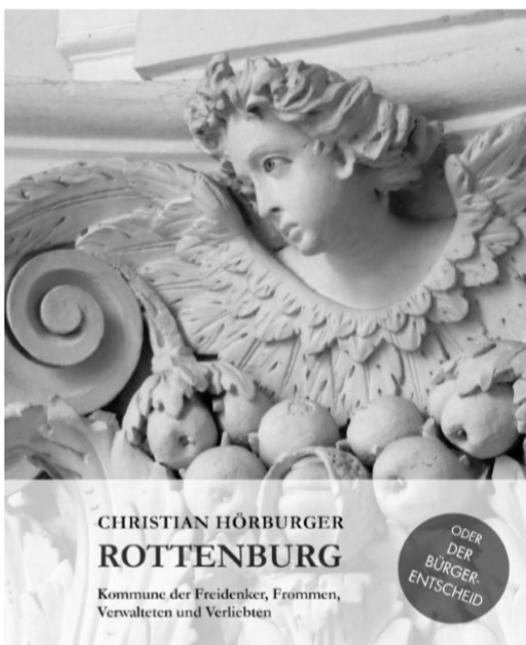
Die Zeitungen veröffentlichten Bestimmungen, die das Verlassen der Stadt aufs neue untersagten und Zuwiderhandelnde mit Gefängnisstrafen bedrohten.

Patrouillen durchstreiften die Stadt. In den menschenleeren, überhitzten Straßen erklang oft Hufklappern auf dem Pflaster, dann erschienen die Wachen und ritten zwischen den Reihen geschlossener Fenster hindurch.

Wenn die Patrouille verschwunden war, fiel die gefährdete Stadt erneut in drückendes, mißtrauisches Schweigen.

Von Zeit zu Zeit ertönten Schüsse; ein kürzlich erlassener Befehl beauftragte besondere Gruppen, die Hunde und Katzen zu töten, da sie Flöhe übertragen konnten.

Dieses trockene Knallen verstärkte noch die Alarmstimmung in der Stadt.



Christian Hörburger

## Rottenburg

Kommune der Freidenker und Frommen,  
Verwalteten und Verliebten oder  
Der Bürgerentscheid

Satirische Studie zur demokratischen  
Entwicklung in der Domstadt

122 S., zahlreiche Fotos, 15,00 €

Über alle Buchhandlungen und Medien  
oder telefonisch: 07472-41137

# Kein Flächenfraß – Ergenzinger Landwirte protestieren

## Offener Brief an Rottenburgs Gemeinderät\*innen

**In einem Offenen Brief an den Gemeinderat Rottenburg kritisieren Landwirte aus Ergenzingen einen Antrag von Grünen und SPD, „dass die Verwaltung der Stadt Rottenburg geeignete Flächen, vorrangig in Ergenzingen, zur Nutzung von Freiflächen Fotovoltaik ermitteln bzw. entsprechende planerische Schritte einleiten soll.**

Nach Vorstellungen der einbringenden Fraktionen „Grüne“ und „SPD“, soll für diese Projekte entlang von Autobahnen und Bahnstrecken nach entsprechenden Flächen gesucht werden. Diese Suchkorridore sollen jeweils bis zu 110 m breit sein. Es wird auch damit argumentiert, dass es sich hierbei teilweise um minderwertige Flächen entlang dieser Trassen handele. Als Beispiel wurde die Fläche auf dem ehemaligen Auffüllplatz im Süden von Ergenzingen genannt. Diese ist aber zwischenzeitlich gänzlich aufgeforstet und steht somit gar nicht zur Verfügung. Wenn man davon ausgeht, dass die Prämisse, wie im Antrag von Grünen und SPD genannt, Flächen an Autobahnen und Bahnstrecken sein sollen, wird Ergenzingen in jedem Falle eine Hauptlast zu tragen haben.

### Hauptlast der Flächenversiegelung

Aus Sicht der hiesigen Landwirtinnen und Landwirte gibt es auf der Gemarkung Ergenzingen keine „minderwertigen“ Flächen, die für eine derartige Nutzung geeignet wären. Die Flächen, die nicht bereits als Siedlungs-, Industrie-, Verkehrs- oder als Naturschutzflächen genutzt sind, werden sämtlich landwirtschaftlich bewirtschaftet und dienen der Ernährung der Menschen und Tiere oder bereits zur Erzeugung von erneuerbarer Energie. Darüber hinaus dienen sie als ökologische Pufferfläche und somit dem Artenschutz.“

Die Landwirte kritisieren, dass sie seit der Eingemeindung 1972 die Hauptlast der Flächenversiegelung zu tragen hatten : „In Summe waren das von 1980 bis heute (in nur 40 Jahren) mehr als 168 ha und damit ca. 16,8 % der Gemarkungsfläche und das in der rund 1.250 jährigen Geschichte des Ortes! Hinzu kommen in erheblichem Umfang noch Ausgleichs-, Regenauffang-, Park- und Biotopflächen. Diese Flächenumwidmungen haben die Ergenzinger Landwirtinnen und Landwirte allesamt mitgetragen und unterstützt. So konnte Ergenzingen zu dem werden, was es heute ist! Sie haben dafür vielfach ihre beruflichen Existenzen als Landwirte aufgegeben und das bestimmt nicht immer mit leichtem Herzen!“

### Schutzgüter Boden und Wasser

„Auch fehlt diese Fläche zur Versickerung von Regenwasser und somit zur Bildung und Erhaltung von Grund- und Trinkwasserreserven. Bei einer durchschnittlichen Niederschlagsmenge von 600 mm pro Jahr, bedeutet dies, dass bei angenommenen 50 % Überbauung über 500 Mio. l Regenwasser pro Jahr nicht mehr in Ergenzingen versickern und somit dem Wasserhaushalt auf den verbliebenen landwirtschaftlichen Flächen fehlen. Dies spüren wir bereits bei unseren Ernteerträgen der letzten Jahre und da helfen auch keine Regenrückhaltebecken! Diese lindern nur die Folgen der schnellen Wasserableitung, auffüllen können sie die Wasservorräte in unseren Ackerböden und Wiesen aber nicht. Alleine dieser Punkt, sollte dazu anregen, sorgfältiger und verantwortungsvoller mit der Ressource „Boden“ umzugehen. Zukünftige Generationen werden auf den bereits versiegelten Flächen keine Nahrungsmittel mehr anbauen können. Auch wenn der „moderne“ Verbraucher Lebensmittel heute in Plastik verpackt und hochverarbeitet beim Discounter oder LEH im Überfluss kaufen kann, ohne Produktion dieser „essentiellen“ Nahrungsmittelrohstoffe blieben die Regale gerade in den Dis-

countern mittel- und langfristig leer. Die aktuelle Corona-Krise führt uns vor Augen, wie anfällig die weltweiten Warenströme darauf reagieren. Auch wenn wir es uns heute noch leisten können, Nahrungsmittel aus aller Welt zu kaufen, vernichtet genau dies die Lebensgrundlagen vieler Menschen und Tiere auf unserem Planeten. Nicht nur durch Brandrodungen im Amazonasgebiet, sondern bisher noch wenig beachtet, sind die massiven Wasserimporte aus eben dieser Länder z.B. durch die Einfuhr von Konserven, Obst und Gemüse. Aber auch Fleischexporte führen durch den hohen Wasserverbrauch zur Vernichtung der Lebensgrundlagen in diesen Ländern!

Wir möchten auch erwähnen, dass wir Landwirtinnen und Landwirte in Ergenzingen bei der Energiewende bereits ganz vorne mit dabei sind! Auf nahezu allen unseren Wohn- und/oder Betriebsgebäuden haben wir seit vielen Jahren teils große Fotovoltaik Anlagen installiert und produzieren hier zusammen mit den beiden Biogasanlagen ca. 8,5 Mio kWh „erneuerbaren Strom“

und somit über 1.800 kWh je Einwohner und Jahr. Das ist bereits deutlich mehr, als für den privaten Stromverbrauch benötigt wird.“

### Nahversorgung Rottenburgs

„Als letzten, nicht weniger wichtigen Punkt führen wir an, dass wir die noch verbliebenen landwirtschaftlichen Flächen dringend benötigen, um „Sie“ als Verbraucher, aber auch um unsere Familien bestmöglich zu ernähren. Das ist unser Beruf und unsere Berufung! Ein weiterer Entzug von landwirtschaftlichen Flächen bedeutet nicht nur den Verlust eben dieser für unsere Betriebe, sondern führt auch zu Verwerfungen auf dem Pacht- und Bodenmarkt. Aktuell können mit den verbliebenen Ackerflächen und Wiesen in Ergenzingen Lebensmittel für ca. 1.800 Menschen erzeugt werden, in Ergenzingen leben aber bereits ca. 4.500 Einwohner!“

Als Alternative schlagen sie vor, ca. 70.000 m<sup>2</sup> ungenutzte Dachfläche zur solaren Energieerzeugung in Ergenzingen-Ost mit einem Potential für mehr als 1,5 Mio. kWh Solarstrom pro Jahr, ganz ohne zusätzlichen Flächenverbrauch, einzusetzen. Dies entspreche fünf Hektar landwirtschaftlicher Fläche, die dann für Nahrungsmittel zur Verfügung steht.



# Schlachthof Rottenburg – Die Linke im Kreistag (20.5.2020)

## Laut Verwaltungsvorlage für die heutige Sitzung soll das von der Stadt Rottenburg in Auftrag gegebene Gutachten (Falkenstein) in den Entscheidungsprozess einbezogen werden.

UNS ist unklar, um welche der beiden Stellungnahmen des Büros Falkenstein es sich dabei handelt. Denn die erste Stellungnahme enthielt sehr viele Fehler, weil sie ohne Besichtigung des Schlachthofes allein auf der Grundlage der Angaben der Rottenburger Verwaltung stattfand und auch deshalb zu völlig überhöhten Kostenschätzungen kommt.



Aus unserer Sicht sprechen einige Faktoren

### gegen eine Kooperation mit dem Schlachthof in Gärtringen:

- bei einer Beteiligung von Rottenburg muss auch Gärtringen erweitert und ertüchtigt werden. Wir fragen uns, warum mögliche Zuschüsse des Landkreises Tübingen nicht für Rottenburg, sondern für Gärtringen eingesetzt werden sollen

- in Gärtringen können Metzger und Schäfer den Zerlegungsgrad der Schlachttiere nicht bestimmen. Die Feinerlegung ist nur grundsätzlich in einem gesonderten Betrieb möglich und bisher personell nicht abgesichert

- die Zuführung der Schlachttiere nach Gärtringen erfordert nicht nur weitere Transportwege zu Lasten der Tiere, sondern auch erhebliche Investitionen in größere Transportmittel wegen der vielfältigen Vorschriften beim Viehtransport. Dadurch verringert sich die Rentabilität für die Viehhalter wesentlich

- von daher haben schon mehrere Viehhalter angekündigt, bei einer Schließung des Rottenburger Schlachthofs die Viehhaltung und ihren Betrieb einzustellen. Dies hätte gravierende Folgen für die Kulturlandschaft um Rottenburg mit unseren schönen Streuobstwiesen, die von Kleinbauern beweidet werden. Somit würde die Biodiversität noch mehr gefährdet, wie der NABU in seiner Stellungnahme zu Recht betont.

Für die Beibehaltung des Rottenburger Schlachthofes in den nächsten Jahren „auf Sicht“ sprechen folgende Aspekte:

- wichtige Teile des städtischen Gebäudes wurden aufgrund des

Gutachtens eines Rottenburger Architekten von 2016 bereits renoviert. Die Renovierungskosten für das städtische Gebäude können prinzipiell nicht zu Lasten des Schlachthofs gerechnet werden, da es auf jeden Fall erhalten bleibt

- aktuell ist der Schlachthof mängelfrei und kann uneingeschränkt genutzt werden. Der Vertreter des Büros Falkenstein hat dies bei seiner Besichtigung bestätigt und festgestellt, dass er in den letzten Jahren keinen Schlachthof mit so vielen Zertifikaten gesehen hat wie in Rottenburg

- der Schlachthof besitzt aktuell eine Biozertifizierung, ermöglicht die Schlachtung von Wasserbüffeln und eine Feinerlegung ohne weitere Einschränkungen

- er bekommt deshalb große Unterstützung von ortsansässigen Landwirten, Metzgern, Schäfern und der Bevölkerung, die über 4.000 Unterschriften für seinen Erhalt gesammelt hat.

- die Stadt hat bis heute kein Konzept für eine anderweitige Nutzung des denkmalgeschützten Gebäudes vorgelegt, so dass ihr Handeln in der Öffentlichkeit auf großes Unverständnis stößt.



DIE LINKE tritt für eine **Stärkung** der **regionalen Landwirtschaft** ein. Die Produktion von regionalen Lebensmitteln in guter und frischer Qualität ist uns gerade in Zeiten von Corona und den Skandalen der Fleischindustrie sehr wichtig. Wir sind für eine Stärkung örtlicher Schlachthöfe, weil sie das Vertrauen der Bevölkerung haben, weniger CO2 beim Transport verursachen und den Naturschutz mit hohem Erholungswert in unseren typischen Streuobstwiesen ermöglichen.



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat  
Kreisrat  
„DIE LINKE“

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

# Stuttgart 21 und die Grünen

## Von Hoffnungsträgern zu Tätern – Teil 3

**Neben den S21-Hauptakteuren Kretschmann und Hermann gibt es noch ein paar andere Grüne, die nachfolgend kurz vorgestellt werden sollen:**

Eine nicht unbedeutende Rolle spielt auch der Stuttgarter Grünen-Oberbürgermeister Fritz Kuhn. Da er sich anfangs klar gegen S21 positioniert hatte, bekennt er sich jetzt zum Bahnprojekt Stuttgart 21 und wurde somit ebenfalls zum Umfaller. Zusammen mit der Mehrheit im Stuttgarter Gemeinderat sei er der Meinung, dass das Milliardenvorhaben der Kommune gut tue. Und: „Die Stadt steht an der Seite derer, die das Projekt zeitnah und qualitativ beenden wollen“, sagte er bei der Zeremonie am Tunnel vom Stadtteil Bad Cannstatt zum Nordkopf des geplanten Tiefbahnhofs. Die Einhaltung des Terminplans sei wichtig, weil Stuttgart 21 der Stadt „Stress“ mache. Obwohl bei der Grundsteinlegung für den Tiefbahnhof seinerzeit kein Grünen-Politiker zugegen war, lobten Redner von Bahn und CDU Kuhns Auftritt. Kritik kam von den Stuttgart-21-Gegnern.

Kuhn appellierte an alle Projektpartner, auch angesichts der bevorstehenden Rechtsstreitigkeiten an einem Strang zu ziehen. „Wenn hinter jedem Bagger zwei Juristen stehen, schaffen wir das nicht“. Die Stuttgart-21-Gegner aber werfen Kuhn vor, seine Überzeugungen von früher über Bord geworfen zu haben und trotz zahlreicher Mängel beim Projekt mitzuziehen.

Auch der Tübinger OB Boris Palmer wurde zum Umfaller. Einst als erbitterter S21-Gegner legte er glanzvolle Auftritte bei der Geißler'schen Schlichtung hin. Doch es dauerte nicht lange, bis er es vorzog, die geschaffenen „Fakten“ zu akzeptieren anstelle sich weiterhin gegen das Projekt zu positionieren. Da der Bau seiner Meinung nach schon zu weit fortgeschritten war, sei es besser, S21 zu Ende zu bauen. Damit ist Palmer der Taktik der Befürworter erlegen, möglichst viele Fakten zu schaffen, damit das Projekt „unumkehrbar“ wird.



In einem kürzlich veröffentlichten Interview der Kontext-Wochenzeitung wurde er gefragt: „Sie sind der Ansicht, dass der Ausstieg vom Tisch ist, denn er sei eine unglaubliche Vernichtung von Arbeitsleistung und Volksvermögen. Bleiben Sie dabei, trotz der heftigen Kritik?“ Antwort Palmer: „Das sind halt die üblichen Mechanismen, die die Akzeptanzforschung herausgefunden hat:



Wenn man mit etwas kämpft, das man nicht ertragen kann, dann gibt es am Anfang die Verleugnung, dann kommt die Wut und irgendwann das Einverständnis. Dieser Weg ist lang. Es gibt so viele Gründe, S 21 als ungerecht und falsch einzustufen, und das ist es ja auch. Aber Krebs ist auch nicht gerecht und richtig, und trotzdem muss man am Ende damit klarkommen“.

Aber ganz so sicher scheint er sich seiner Sache doch nicht zu sein, denn in dem genannten Kontext-Interview redet er plötzlich von 15 Gleisen und nicht von acht, die der Bahnhof braucht.

Eine eher wankelmütige Haltung legt Cem Özdemir an den Tag, der früher Bundesvorsitzender der Grünen war und heute noch Bundestagsangeordneter eines Stuttgarter Wahlkreises ist. Hier einige Pressestimmen über die Jahre verteilt:

02.08.2010: Stuttgart 21 ist noch zu verhindern: Die Gegner des umstrittenen Milliardenprojekts Stuttgart 21 bekommen prominente Verstärkung aus Berlin: Auch Grünen-Parteichef Cem Özdemir will sich unter die Protestler am Bauzaun mischen. Obwohl die Abrissarbeiten am Bahnhof begonnen haben, ist er sicher: Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen.

09.11.2011: Özdemir fordert S21-Gegner zum Einlenken auf: Grünen-Chef Cem Özdemir hat die Gegner des Bahnprojekts Stuttgart 21 aufgerufen, den Ausgang der Volksabstimmung zu respektieren. "Man muss das Ergebnis des Volksentscheids jetzt akzeptieren, Stuttgart 21 wird gebaut", sagte Özdemir der Passauer Neuen Presse. "Aber allen Enttäuschten kann ich versichern: Es wird 'Stuttgart 21 Plus' werden." Schließlich sei ein Ergebnis der

Schlichtung gewesen, dass das Projekt weiterentwickelt werde.

28.12.2012: Özdemir für Ende von Stuttgart 21: Der Grünen-Vorsitzende Cem Özdemir hat sich für ein Ende des Bahnprojektes Stuttgart 21 ausgesprochen. Angesichts der steigenden Kosten habe es „keinen Sinn für Bahn und Bund, nach dem Vogel-Strauß-Prinzip einfach weiterzuzuscheln“.

09. 09.2013: Cem Özdemir stellt Bahnprojekt unter Vorbehalt: Der Bundesvorsitzende der Grünen, Cem Özdemir, hat die Realisierung des Bahnprojektes Stuttgart 21 unter einen klaren Vorbehalt gestellt. Gegenüber der StZ sagte Özdemir, wenn der zu erwartende Bericht des Bundesrechnungshofes ergebe, dass „die Kosten immer weiter durch die Decke schießen“, dann werde man sich zusammensetzen müssen und überlegen, „wie es weitergehen soll“.

10.06.2018: Özdemir fordert „mea culpa“ der S21-Verfechter: Vor der Beratung über Stuttgart 21 im Verkehrsausschuss des Bundestages gehen die Wogen hoch. Der Ausschussvorsitzende Cem Özdemir (Grüne) fordert eine Entschuldigung der S21-Befürworter – und nimmt seinen Parteifreund Winfried Hermann in Schutz.



**Abschließend können wir feststellen, dass viele S21-Gegner, die einst die Grünen als Hoffnungsträger gesehen haben, um S21 zu verhindern, heute bitter enttäuscht sind. Wir aber wollen unseren Widerstand fortsetzen und deshalb auch weiterhin....**

**O BEN BLEIBEN!**

Gastbeitrag von **Jürgen Hückstädt**  
Rottenburg

## *Internet verursacht hohen Stromverbrauch*

### *Stromkosten werden durch „Smart Home“ drastisch steigen*

**Im März hat der Internet-Betreiber Netflix die Bildqualität seiner Streaming-Dienste bei den Videos heruntergefahren. Denn je schärfer das Bild ist, desto mehr Daten werden übertragen: In der Standard-Auflösung drei Megabit pro Sekunde, bei HD-Videos sind es mindestens fünf Megabit und bei Ultra-HD 25 Megabit pro Sekunde.**

Durch die Corona-Krise müssen aber viele zu Hause per Internet arbeiten, Lernende bekommen Aufgaben von ihren Lehrern gestellt, wichtige Daten werden von Kliniken übertragen. Daran zeigt sich, wie blindäugig auch in Rottenburgs Gemeinderat das Thema digitale Medien im Unterricht behandelt wurde – der hohe Energieverbrauch dieser Medien wurde an keiner Stelle diskutiert.



Kürzlich hat EU-Kommissarin für Digitalisierung, Margrethe Vestager (Grüne), vor wachsendem Strombedarf durch digitale Medien gewarnt und das Ziel, Europa bis 2050 klimaneutral zu machen, in Zweifel gezogen.

Allein Streamingplattformen wie Youtube oder Netflix verbrauchen jetzt schon rund 200 Milliarden Kilowattstunden Strom im Jahr. 2018 haben diese Plattformen so viel Strom verbraucht wie alle Privathaushalte in Deutschland, Italien und Polen zusammen.

Diese Zahlen werden durch die französische Organisation The Shift Project bestätigt. Der Energieverbrauch der Informations- und Kommunikationstechnik (ITK) verursacht 3,7 Prozent aller Treibhausgasemissionen weltweit und damit das Doppelte der Zivilluftfahrt.

Die gesamte Informations- und Kommunikationstechnik, einschließlich der persönlichen Geräte wie Smartphones, PCs, Smart-Fernseher, Rechenzentren und Verteilertechnik wie Mobilfunknetze, sind aktuell für zwei Prozent der CO2-Emissionen verantwortlich, also so viel wie die

gesamten CO2-Emissionen von Deutschland! Verantwortlich für den CO2-Ausstoß sind vor allem die Strommengen. Es geht dabei nicht nur um den Strom, den der Endkunde an seinem PC, Smartphone, Tablet oder Smart-TV zu Hause verbraucht. Es geht um den Strom für die gesamte Infrastruktur der großen Dienste-Anbieter im Netz wie etwa Google, Facebook oder Anbieter von Streaming-Diensten wie Netflix, Amazon oder Youtube. Rechenzentren verbrauchen gigantische Mengen an Strom, berichtete die Landesschau des SWR (20.1.2020).

Borderstep, das Institut für Innovation und Nachhaltigkeit, hat die Folgen von „Smart Home“ im Auftrag des BUND untersucht. Denn in fünf Jahren ist europaweit mit 1,7 Milliarden vernetzten Haushaltsgeräten zu rechnen: „Sind Haushaltsgeräte rund um die Uhr empfangsbereit, um auf Sprachbefehle oder Signale anderer Geräte zu reagieren, kann das Umwelt und Verbraucher teuer zu stehen kommen. Die Stromrechnung eines Haushalts kann um bis zu 100 Euro pro Jahr steigen“, so Dr. Ralph Hintemann von Borderstep.

Der Energieversorger EON schlägt in dieselbe Kerbe und bezeichnet den neuen Mobilfunkstandard 5G als „großen Stromfresser“, der 2025 so viel Strom verbrauchen wird wie alle 2,5 Millionen Einwohner in Köln, Düsseldorf und Dortmund zusammen. Denn für die vielen Datenübertragungen in Echtzeit werden zahlreiche neue Rechenzentren notwendig. Global gesehen wird der Energiebedarf durch 5G um das Drei- bis Siebzehnfache steigern und damit bis zu 13 Prozent des globalen Stromverbrauchs ausmachen. Bundesumweltministerin Svenja Schulze bezeichnet die Digitalisierung als einen „potenziellen Brandbeschleuniger“ des Klimawandels.

Der Ökonom Tilman Santarius (TU Berlin) warnt deshalb: „Die meisten Unternehmer und Politiker glauben, die Digitalisierung versöhne Ökologie und Ökonomie automatisch. Aber das ist realitätsblind und naiv.“ (Die Zeit, 3.2.2018) Aber sicherlich hat er damit nicht nur die Grünen gemeint!



**Dr. Emanuel Peter**

Gemeinderat  
Kreisrat  
„DIE LINKE“  
Rottenburg

**Je stärker DIE LINKE.  
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.  
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.  
desto sozialer das Land!**

# Gebührenfreie Kitas: Volksbegehren ist unzulässig

## Urteil erhöht Hürden für Volksgesetzgebung

Am 18. Mai hat der Verfassungsgerichtshof Baden-Württemberg (VGH) den Antrag auf ein Volksbegehren für gebührenfreie Kitas wegen Verstoßes gegen die Landesverfassung als zulässig erklärt. Direkt nach den Kommunalwahlen im Mai 2019 bildete sich das landesweite Bündnis „Gemeinsam für gebührenfreie Kitas in Baden-Württemberg“ an die Öffentlichkeit getreten. Es besteht unter anderen aus dem DGB, Ver.di, der IG Metall, der GEW, der Arbeiterwohlfahrt, dem Arbeitersamariterbund, Pro Familia, dem Landesverband Kindertagespflege, den Naturfreunden, der LINKEN und der SPD: „Den Bündnispartnern geht es dabei darum, Familien zu entlasten, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf voranzutreiben, mehr Bildungsgerechtigkeit und gleiche Lebensverhältnisse im Südwesten zu schaffen – und nicht zuletzt Kinderarmut zu bekämpfen, die es auch in Baden-Württemberg gibt.“ Kategorisch hatte der „grüne“ Ministerpräsident Kretschmann ein Volksbegehren über die Gebührenfreiheit abgelehnt, der sich kürzlich grundsätzlich von Bürgerbeteiligung distanzierte.

Weit über 17.000 Unterschriften wurden im Ländle gesammelt, um den Antrag für die Zulassung eines Volksbegehrens für gebührenfreie Kitas einzureichen. In Reutlingen hat ein Bündnis über 300 Unterschriften gesammelt, in Tübingen und Rottenburg steuerte DIE LINKE in kurzer Zeit viele Unterschriften bei und ließ sie beglaubigen. Für DIE LINKE sind gebührenfreie Kitas Teil des Grundrechts auf gebührenfreie Bildung überhaupt. Der fortschrittliche Orientierungsplan für die Kinderbetreuung in Baden-Württemberg bezeichnet Kitas als Bildungseinrichtungen. Deshalb sind sie wie das Recht auf gebührenfreie Schulbildung grundsätzlich von Gebühren freizuhalten.

### Abenteuerliches Urteil

Jetzt legte der Verfassungsgerichtshof im Ländle unter Vorsitz von Malte Graßhof dem dicke Baumstämme in den Weg und erhöhte sogar die Hürden für eine Bürgerbeteiligung – auch in anderen Fragen. Der VGH fordert, dass ein Gesetz für ein Volksbegehren einen „Bestimmtheitsgrundsatz“ enthalten muss, die „Gesamtheit der Bürger“ (!) müsse die Bedeutung und Tragweite der Abstimmungsfrage verstehen und müsse die „Auswirkungen sowie die Vor- und Nachteile eines zur Abstimmung gestellten Volksgesetzes überblicken“ können. Hier wird von den Bürger\*innen mehr verlangt, als manche Politiker\*innen im Bundestag über die von ihnen verabschiedeten Gesetze jemals erfüllen könnten! Zu dieser abenteuerlichen Urteilsbegründung und dem weiteren Vorgehen für gebührenfreie Kitas erklärt der Pressesprecher des Kita-Bündnisses Andreas Reißig (Pressesprecher):

### „Bündnis für gebührenfreie Kitas: Jetzt erst recht!“

Das Bündnis für gebührenfreie Kitas in Baden-Württemberg hat die heutige Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs mit Bedauern zur Kenntnis genommen, aber auch als klaren politischen Ansporn verstanden. „Jetzt erst recht“, erklärten die Bündnispartner in engem Schulterschluss. „Nach der rechtlichen Ablehnung dieses Volksbegehrens kommt es nun darauf

an, den gesellschaftspolitischen Druck für unser inhaltliches Ziel der Gebührenfreiheit weiter zu erhöhen.“

### Corona: Familienentlastung dringlicher denn je

Angesichts der einschneidenden Auswirkungen der Corona-Krise gelte dies mehr denn je. „Die Entlastung von Familien wird mit jedem Tag dringlicher. Wir brauchen einen neuen Schutzschirm für Familien – jetzt und über die Krise hinaus. Die Landesregierung muss nun umdenken.“

### Wir stehen zusammen!

Das Bündnis betonte, sich nicht davon abbringen zu lassen, Familien in Baden-Württemberg entlasten zu wollen. „Wenn bei einer so wichtigen Entscheidung ein Volksbegehren nicht möglich ist, dann stimmt etwas nicht. Aber die rechtliche Beurteilung dieses Volksbegehrens ist das eine, der gesellschaftliche Wille und die Entlastung der Familien sind das andere. Wir stehen da fest zusammen.“

Soziale Kommune. Solidarisches Europa.



Mittlerweile haben sich 15 Organisationen aus Gewerkschaften, Sozialverbänden und Parteien im Land zusammengefunden, um sich neben dem Ausbau der Kita-Plätze und der notwendigen Qualitätsentwicklung auch für Gebührenfreiheit in der frühkindlichen Bildung stark zu machen. Neben der SPD als Initiatorin sind dies der DGB, verdi, die GEW, die IG Metall, pro Familia, der Kinderschutzbund, der Landesverband Kindertagespflege, der Verband alleinerziehender Mütter und Väter, die AWO, der ASB, die Naturfreunde, DIE LINKE, die Piratenpartei und die SGK. Auch in vielen Städten und Gemeinden haben sich inzwischen lokale Zusammenschlüsse gegründet, um das gemeinsame Ziel voranzutreiben.

### Startschuss für familien- und bildungspolitischen Aufbruch

Das Bündnis kündigte an, seine Überzeugungsarbeit nun erst recht intensivieren zu wollen. „Dieses Rechtsurteil heute ist kein Endpunkt. Sondern es ist der Startschuss für einen familien- und bildungspolitischen Aufbruch!“

i.A. Andreas Reißig (Pressesprecher)

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

# ***Kita-Bedarfsplan auf Kante genöh***

## ***Ausbildungsstellen müssen erhöht werden***

**In den letzten Jahren hat die Kinderbetreuung in Rotenburg stark zugenommen, zum einen durch Zuzüge und höhere Geburtenzahlen, zum zweiten durch den Rechtsanspruch für eine Betreuung unter drei Jahren (U3). Die Zahl der U3-Kinder stieg von 25 (2005) auf 155 (2018)! Aktuell werden 1.640 Kinder über drei Jahren und 440 Kinder unter drei Jahren in 39 Einrichtungen und über 100 Gruppen betreut.**

Lehnte die Stadt vor ein paar Jahren noch jegliche Erweiterung von Kita-Plätzen südlich des Neckars ab, werden jetzt dort die meisten neuen Gruppen eingerichtet, im April 2021 drei Gruppen in einer neuen Einrichtung in der Yalova-Straße (ehemaliges DHL-Gelände) und drei zusätzliche Gruppen im renovierten Kindergarten St. Remigius mit Familienzentrums, das künftig von der Stadt geführt wird und im Herbst 2022 eröffnet werden soll. Deutlich zugenommen hat die Nachfrage auch in der Tagespflege. Von ihr werden 144 Kinder betreut, ein Plus von elf Prozent, die Anfragen liegen sogar für 205 Kinder vor – Tagesmütter werden dringend gesucht.

### **Ausflüchte der Stadt**

Für die städtische Planung berücksichtigt Kulturamtsleiter Geppert seit Jahren nur die Zahlen der schon geborenen Kinder. Die steigenden Geburtenraten in Deutschland, die innerdeutsche Zuwanderung (Umzüge) und die starke Entwicklung bei den U3-Kindern spielen offenbar keine Rolle, führen aber schon jetzt zu drangvoller Enge.

Da der Bedarf an pädagogischem Fachpersonal landesweit enorm ist, jagen sich die Städte die Erzieherinnen gegenseitig ab. Die Stadt will sich „behelfen“, indem sie die maximale Gruppengröße in Kita- und Krippengruppen zeitlich befristet um bis zu zwei Kindern erhöht.

Dies wird bisher zu Recht von den kirchlichen und freien Trägern abgelehnt, weil gerade die U3-Kinder eine intensive Betreuung in kleinen Gruppen brauchen.

**Kurz und bündig**

### **Kurzarbeitergeld – mehr Hartz-IV-Anträge**

Weil durch die SPD im Bundestag ein völlig unzureichendes Kurzarbeitergeld beschlossen wurde, steigt die Zahl der neuen Hartz-IV-Anträge stark an. Die Arbeitsagentur Reutlingen meldet, dass Ende April 2020 rund 77.016 Beschäftigte in Kurzarbeit neu angezeigt wurden. Da dies erst ab dem vierten Monat gezahlt wird, rechnet man mit einem starken Anstieg neuer Hartz-IV-Anträge. Die Anzahl der Personen in Arbeitslosigkeit im Landkreis Tübingen ist im April auf 4.034 Personen (plus 30,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr) gestiegen. Die leichte Erhöhung des Kurzarbeitergeldes greift allerdings erst ab dem vierten bzw. dem siebten Monat der Kurzarbeit. Für Menschen, die von Hartz IV leben müssen, gibt es keinerlei Unterstützung, obwohl im Zuge der Coronakrise die Kosten für gesunde Ernährung (Obst, Gemüse) gestiegen sind und viele Einrichtungen mit warmem Mittagessen für Kinder geschlossen sind.

### **Weitere Flächenversiegelung**

Der Regionalverband Neckar-Alb, der die drei Landkreise Reutlingen, Tübingen und Neckar-Alb umfasst, hat in seiner letzten Verbandsversammlung einen Beschluss zur Gewerbeflächenentwicklung gefasst. Neben neun neuen regionalen Schwerpunkten für Industrie, Gewerbe und Dienstleistern (einschließlich Logistikbetrieben) stellt er fest, dass sich damit die Gesamtfläche für diese Betriebe um rund 130 Hektar vergrößert, sprich: versiegelt wird. Allerdings ist dies nur eine Rahmenempfehlung, ein Beschluss zur Umsetzung liegt in den Händen der Bauleitplanung der jeweiligen Kommune.

### **Mehr PIA-Stellen durchgesetzt**

Als einzige Kraft im Gemeinderat stellt DIE LINKE seit Jahren Anträge für mehr Plätze in der praxisorientierten Ausbildung (PIA). Zusammen mit der Liste FAIR hatte sie im Dezember sieben weitere Stellen gefordert.

Denn das „Gute-Kita-Gesetz“ des Landes unterstützt alle Städte mit 200 Euro pro neuer Stelle, wenn diese 50 Prozent mehr PIA-Stellen als im letzten Jahre schaffen. Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt. Allerdings musste die Stadt die Zusage machen, dass sie alle Einrichtungen darum bittet, weitere PIA-Stellen zu ermöglichen. Auf Nachfrage in der letzten GR-Sitzung gab Herr Geppert bekannt, dass die PIA-Stellen von 12 auf 18 (2020/21) steigen und im Jahr drauf eine (!) weitere neue Stelle geschaffen wird.

Auf Drängen der Linken musste OB Neher im Gemeinderat zustehen, dass die Kita-Beiträge nicht nur im März und April, sondern – mit Ausnahme der Notbetreuung – bis zu den Sommerferien nicht erhoben werden. Man sieht: Gebührenfreiheit geht doch!



**Dr. Emanuel Peter**

Gemeinderat  
Kreisrat  
„DIE LINKE“

**Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land! Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land! Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!**

# Corona: Wer zahlt die Zeche?

## Lastenausgleich ist das Gebot der Stunde

**Aktuell erstellen alle Kommunen im Land für den Gemeindetag eine Übersicht über die finanziellen Folgen der Corona-Krise. Im Kreistag teilte Landrat Walter für den Landkreis und die Haushalte des Kreistags eine vorläufige Einschätzung mit, einen Finanzzwischenbericht wird es Ende Juli geben. Klar ist aber, dass die Kommunen 2019-2024 etwa 30 Milliarden Euro weniger haben werden und gleichzeitig die Kreisumlage, die sie bezahlen, sich erhöhen wird. Die zwei Sofort-Hilfe-Pakete der Landesregierung reichen im Landkreis nicht einmal, um die monatlichen Kosten für die Kostenbetreuung abzudecken! Die Kostenerstattung von rund 440.000 Euro für die Fieberambulanz und für die Corona-Teststation auf dem Festplatz, die mit großem Engagement auf Initiative von Dr. Federle (DRK) eingerichtet wurden, ist bis heute völlig ungeklärt! Hinzu kommen zusätzliche Personalstellen im Gesundheitsamt und Material fürs Homeoffice der Beschäftigten – alles offene Rechnungen. Statt für eine Gesamtplanung in allen Bereichen und einen kommunalen Schutzschirm einzutreten, beantragt die CDU im Kreistag nach dem Windhundprinzip nur Gelder für die Gastronomie. Das greift zu kurz und riecht nach Klientelpolitik!**

### Mai-Steuerschätzung

Zweimal im Jahr veröffentlicht der Arbeitskreis Steuerschätzungen die voraussichtlichen Steuereinnahmen auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene. Für dieses Jahr werden Städte und Gemeinden wegen der Corona-Krise wahrscheinlich allein 11,8 Milliarden Euro weniger an Gewerbesteuern einnehmen, die Gesamtkosten wegen Corona schätzt die Bundesregierung auf 1.250 Milliarden Euro – eine riesige Summe. Denn die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Corona -Krise werden wesentlich tiefer und länger gehen als die Finanzkrise 2008/09, Corona ist global und erfasst alle Wirtschaftszweige. Deshalb wird das bundesweite Einnahmeloch bis 2024 auf etwa 316 Milliarden Euro anwachsen.

### Verteilungskampf beginnt

CDU, FDP und ihr Lobbyverband Steuerzahlerbund fordern, die geplante Grundrente zu streichen, natürlich auch die Erhöhung des Mindestlohns, der selbsternannte Rentenexperte Rürup stellt sich die gesetzlich vorgesehene Rentenanpassung infrage. Die AfD verlangt Stellenstreichungen und Haushaltssperren. „Die meisten werden nach der Corona-Krise erstmal ärmer sein“, wenn in den Haushalten von Bund und Ländern Einsparungen zur Schuldentilgung erforderlich würden, so der Weise Kretschmann. Selbst das zweite „Sozialschutzpaket“ des Bundes ist wesentlich zu klein ausgefallen, wie Daniela Kolbe (SPD) zugeben muss.

Dagegen reagiert Finanzminister Olaf Scholz vernünftig mit einem geplanten Schutzschirm für Städte und Kommunen von 57 Milliarden Euro, je zur Hälfte von Bund und Ländern finanziert. Denn es sind die Kommunen mit ihrer Daseinsvorsorge und sozialen Infrastruktur, die 80 Prozent aller öffentlichen Ausgaben tragen und die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger garantieren. Mit Beendigung der Krise müssen sie die Wirtschaft anschieben, indem sie Handwerker und Betriebe vor Ort mit liegen gebliebenen Investitionen beauftragen: Kitas, Schulen, Wohnungen und Straßen. Deshalb haben alle Vertretungen der Kommunen, Städte und Landkreise seit Wochen einen Schutzschirm gefordert. Gegen die Krise mit Sparhaushalten, erhöhter Mehrwertsteuer oder Inflation anzukämpfen, ist volkswirtschaftlich großer Unsinn und verschärft die Krise.

### Deutsche Vermögende

Es ist klar: Alle müssen sich entsprechend ihren Möglichkeiten an der Bewältigung der Krise beteiligen, niemand darf vergessen werden. Zugleich müssen die Fehler der vergangenen Jahre beseitigt werden, damit sich die Lebensverhältnisse für alle gleichwertig entwickeln können. Deshalb müssen sich die Superreichen massiv mit ihrem Vermögen an den Kosten beteiligen.

In Deutschland gibt es rund 42 Millionen Haushalte, 45 dieser Haushalte besitzen so viel Vermögen wie die unteren 21 Millionen Haushalte zusammen, weil sie die Steuergesetze der letzten Jahrzehnte begünstigt haben. Allein der private Goldschatz in Deutschland wiegt 8.900 Tonnen. Verglichen mit 2002 (328 Euro pro Feinmünze mit 31 Gramm), ist sich der aktuelle Goldpreis (1.584 Euro am 16. April 2020) fünf Mal so hoch, ein Kilo Gold kostet aktuell rund 50.800 Euro. Die Zahl der Vermögensmillionäre hat seit 2008 um 69 Prozent oder gut 550.000 Personen zugenommen, Folge der früheren Steuergeschenke der Regierungen und einer lächerlichen Erbschaftssteuerreform. Neun Jahre lang haben die DAX-Konzerne eine Rekordausschüttung an Dividenden nach der anderen getätigt – das Ergebnis der Leistung von Millionen Beschäftigten. Alle DAX-Konzerne haben viel Geld in Steueroasen angelegt, ALLE! Jetzt fordern Automobilkonzerne wie BMW Steuergelder für Kurzarbeit und schütten gleichzeitig Milliarden an Dividenden aus. Das nennt man Ausplünderung des Staatshaushalts auf Kosten der Allgemeinheit!

### Lastenausgleich

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs gab es einen Lastenausgleich zur Entschädigung von Verlusten und zur Beseitigung der großen Kriegszerstörungen. Durch ihn wurde das „Wirtschaftswunder“ möglich. Finanziert wurde er vor allem durch die großen Vermögen und eine lange Laufzeit, die die Abzahlung der Kredite so ermöglichte, dass die Konjunktur nicht darunter litt. Die aktuelle Krise erfordert, dass wir einen Lastenausgleich – egal, ob man es Vermögenssteuer, Reichensteuer oder anders nennt – schaffen, an dem die Superreichen stark beteiligt werden. Die Betriebsvermögen sind nur ein geringer Teil am Gesamtvermögen und können durch großzügige Freibeträge geschützt werden, ohne Arbeitsplätze zu gefährden. Durch „Sparprogramme“ mit Investitionskürzungen und Stellenstreichungen kann die Summe von 1.250 Milliarden Euro nie gestemmt werden. Deshalb wird eine Sonderabgabe der Superreichen seit längerem von Wirtschaftsinstituten wie DIW und Ökonomen wie Bregmann und Piketty gefordert. Denn die soziale Ungleichheit verschärft nicht nur die Krise, sie arbeitet Rechtsextremen direkt in die Hände!



**Dr. Emanuel Peter**

Gemeinderat  
Kreisrat  
„DIE LINKE“  
Rottenburg

# ***Landkreis Tübingen erklärt sich zum „Sicheren Hafen“***

## ***„Leave no one behind!“ - Slogan der Seebrücke***

**Im November letzten Jahres schlug die Kreistags-Fraktion Die Linke vor, dass der Landkreis Tübingen dem Bündnis „Sicherer Hafen“ beitrifft, dem mittlerweile 153 Gemeinden, Städten und Landkreise in Deutschland angehören, so auch die Städte Rottenburg und Tübingen.** Wie Andreas Linder im Kreistag erklärte, kann „von einer solchen Erklärung ein positives politisches Zeichen für die Einhaltung von Menschenrechten und den internationalen Flüchtlingsschutz ausgehen. Und um die Rechte von Flüchtlingen ist es schlecht bestellt, vor allem an den Grenzen der Europäischen Union und vor allem deswegen, weil mächtige Länder wie unser Deutschland möglichst wenige von den Flüchtlingen dieser Welt abbekommen wollen und deswegen die Grenzen so dicht wie möglich gemacht werden und weil dazu Sachen gemacht werden wie der EU-Türkei-Deal.

Die Toten im Mittelmeer, die verheerenden Zustände für geflüchtete Menschen auf den griechischen Inseln, in Bosnien, in Libyen und anderswo würde es nicht geben, wenn Deutschland und die EU eine bessere Flüchtlingspolitik betreiben würden.“ Nach längeren Verhandlungen und bedingt durch die Sitzungspause wegen Corona kam ein interfraktioneller Antrag von Bündnis 90/ Die Grünen, SPD, Tübinger Linke und FDP zustande, der am 27. Mai mehrheitlich verabschiedet wurde.

### **1. Erklärung zum „Sicheren Hafen“**

Der Landkreis Tübingen erklärt sich mit seinen Städten und Gemeinden solidarisch, die dem Bündnis "Sicherer Hafen" beigetreten sind oder in anderer Weise die Aufnahme von geflüchteten Personen unterstützen, die von privaten Organisationen aus Seenot gerettet worden sind. Für die Aufnahme dieser Personen bedarf es dringend einer europäischen Lösung, an der sich die Bundesrepublik großzügig beteiligen sollte.

Eine eigenständige Aufnahme von Geflüchteten durch den Landkreis ist auf diese Weise nicht zu realisieren, aber die Unterstützung der Kreisgemeinden ist von ihm zu gewährleisten.

Der Landkreis stellt daher ihm zu Verfügung stehende Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung von über das Bündnis Sichere Häfen aufgenommenen Flüchtlingen insbesondere im medizinischen Bereich sowie bezüglich Bildung und Arbeit bereit. Unter diesen Rahmenbedingungen tritt der Landkreis dem Bündnis „Sichere Häfen“ bei.

### **2. Aufnahme von geflüchteten Menschen in Not**

Der Landkreis Tübingen hält es gleichermaßen für unerlässlich, die gegenwärtige Situation auf den griechischen Inseln zu entschärfen und zunächst unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge in den Ländern der Europäischen Union aufzunehmen. Die diesbezüglichen Beschlüsse der Bundesregierung können nur einen ersten Schritt darstellen. Soweit Städten und Gemeinden im Landkreis die direkte Aufnahme dieser Flüchtlinge außerhalb bestehender Verteilerschlüssel erlaubt wird, unterstützt der Landkreis sie in Bezug auf die Integration der Flüchtlinge in Bildung und Ausbildung, Sprachkompetenz und Berufsfindung. Zudem prüft der Landkreis seine eigenen Kapazitäten in den Jugendhilfeeinrichtungen des Landkreises und meldet zur Verfügung stehende Kapazitäten dem Bundesministerium des Inneren. Damit soll die Abwicklung der beschlossenen Kontingente vorangetrieben und beschleunigt werden.



**Dr. Emanuel Peter**

Gemeinderat  
Kreisrat  
„DIE LINKE“  
Rottenburg

**Kurz und bündig**

### **Linke im Ältestenrat eingeladen**

In den letzten Monaten haben die Vertreter der Linken im Rottenburger Gemeinderat an den Telefonkonferenzen der Fraktionsvorsitzenden unter Leitung von OB Neher zur aktuellen Entwicklung der Corona-Krise teilgenommen. Zur Ältestenrat-Sitzung am 18. Mai (unter anderem zu Corona) wurden sie eingeladen, weil dort nur Fraktionsvorsitzende teilnehmen dürfen – als wenn das die Viren-Pandemie interessiert! Begründung: Der Gemeinderat hatte mit den Stimmen von CDU, SPD, Grünen und JA im September beschlossen, dass die Linke mit ihren zwei Vertretern keine Fraktion ist – entgegen zahlreichen Bundesländern und Kommunen, in denen zwei Vertreter eine Fraktion bilden.

### **Kein Stellenabbau bei der Deutschen Bahn durch Staatshilfen**

Die Bahn hat in der Corona-Krise ihr Angebot trotz schwacher Auslastung weitgehend aufrecht erhalten und deshalb massive Verluste eingefahren. Die Bundesregierung plant deshalb eine milliardenschwere Finanzhilfe. Die Bahn sichert im Gegenzug Einsparungen in Höhe von 5,1 Milliarden Euro zu, die hauptsächlich beim Personal und Sachaufwand „erbracht“ werden sollen. Bernd Riexinger, Vorsitzender der Partei DIE LINKE, erteilt einer Jobvernichtung mit Hilfe von Steuergeldern eine klare Absage. Denn der Schienenverkehr ist für den sozial-ökologischen Wandel und Klimaschutz von zentraler Bedeutung. Finanzhilfen müssen die Bahn stärken und nicht schwächen.

### **CDU: Ein Herz für Mietwucherer**

Mit ihrer Klage gegen den Berliner Mietendeckel zeigt die CDU einmal mehr, dass sie fest an der Seite der Immobilienlobby steht. Die Mieterinnen und Mieter sind ihr dabei völlig egal. Auch wenn es das gute Recht der CDU-Abgeordneten ist zu klagen: Wer jahrelang jeden wirksamen Schutz für Mieterinnen und Mieter ausbremst, und nun versucht Gesetze zu verhindern, die genau das leisten, der muss sich den Vorwurf gefallen lassen, eiskalte Lobbypolitik auf dem Rücken der Menschen zu betreiben. Die rot-rot-grüne Landesregierung in Berlin verbietet Mieterhöhungen für die nächsten fünf Jahre ("Mietenstopp") und legt Obergrenzen für die Mieten fest ("Mietendeckel"). Anderthalb Millionen Haushalte werden davon profitieren. Es fehlen bundesweit mindestens 5 Millionen Sozialwohnungen.

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

## ... und bleiben Sie gesund!

### Zwischen lernen und protestieren

**Hoffentlich habe Sie Ihren Wortschatz erweitert, um der derzeitigen Situation voller Verständnis folgen zu können, denn Sie wissen ja: Wem die Worte fehlen, dem fehlt die Einsicht.**

Hätten Sie im Februar dieses Jahres etwas mit den folgenden Begriffen anfangen können? Herdenimmunität, Lockdown, Pandemie, Homeschooling, Infektionskurve, Übersterblichkeit, Shutdown, Social Distancing, Reproduktionszahl, Coronifizierung, Vulnerabilität ... Wir konnten viel lernen.

Ein bisschen etwas über Erziehung haben wir auch lernen können. Wer brav gehorcht, nicht widerspricht und für die richtigen Ziele demonstriert, kann mit einem dicken Lob rechnen und wird mit dem Wahlrecht belohnt. So lobte der Grünen-Chef Robert Habeck das solidarische Verhalten junger Menschen in der Corona-Krise und forderte, das Wahlalter auf 16 Jahre zu senken - nicht irgendwann, sondern schon zur nächsten Bundestagswahl 2021. Offen ist noch, ob dies eine ernst zu nehmende Absichtserklärung oder Werbung um ein noch zu erschließendes Wähler Klientel ist. Aber keine Angst: Wahlrechtsänderung brauchen viel, viel Zeit. Denken Sie nur an die Verkleinerung des Bundestags.

Gelernt haben wir auch etwas über schnelles Regierungshandeln. Krisenzeiten regen zu herzhaften Aussagen ein, die häufig nur den Zweck haben, Diskussionen im Kern zu ersticken. Beispiel: Krisenzeiten sind Zeiten der Exekutive. Was nichts anderes heißen will, als da gibt es keine Zeit lange zu diskutieren - handeln ist angesagt, unverzüglich.

Abstands- und Hygieneregeln verfasst von der Regierung ohne „Rückendeckung“ durch einen Parlamentsentscheid sind gewiss kein Beweis für die ersten Schritte in die Diktatur, dürfen aber Anlass zu Demonstrationen geben und zur Frage, wie weit der Staat seine Bürger bevormunden darf. Nicht jeder Demonstrant wird täglich einen Blick in unser Grundgesetz werfen und schwere Grundrechtskommentare wälzen. Aber Sorgen um die Verfassung darf er sich schon machen und diese Sorge auch öffentlich bei Demonstrationen zeigen. Übrigens genügt für die Beschlussfähigkeit des Bundestags, wenn lediglich mehr als ein Viertel der Abgeordneten anwesend ist - bislang war es mehr als die Hälfte. Das



**GRUNDGESETZ**  
für die Bundesrepublik Deutschland

Schließen von Grenzen innerhalb Europas, Polizei, die die Zusammengehörigkeit von Menschen in einer kleinen Gruppe kontrolliert, das Verbot die Wohnung zu verlassen, sind Erfahrungen, die Bürger bislang nicht machen mussten und deren Notwendigkeit teilweise wenig überzeugend „rübergebracht“ wurde.

Weshalb wurde auf die Demonstrationen eigentlich so empfindlich reagiert? Weshalb wurden die Demonstranten in Ecken gestellt, wo die allermeisten von ihnen nicht einzuordnen sind? Man machte sie zu Spinnern, Links- und Rechtsextremisten, Impfgegnern, Esoterikern, Verschwörungstheoretikern ... Welch eine verabscheuungswürdige Mischung!

Es muss zu denken geben und Anlass zum Handeln sein, wenn unkommentiert von Staatsmacht und Diktatur gesprochen werden kann. Die Berufung auf die schweigende Mehrheit liegt nicht fern. Die relativ geringe Zahl der Teilnehmer an den sog. Hygienedemos kann täuschen. Viele potenzielle Demonstranten fanden es einfach albern, in lockerer Formation auf nahezu leeren Flächen ihren Willen auszudrücken.

Norbert Kern, Wendelsheim

#### Termine:

Die Termine des **Kommunalpolitischen Arbeitskreises DIE LINKE** Rottenburg und des **Info-Standes** Die LINKE Rottenburg werden noch in der **Rottenburger Post** bekanntgegeben.

#### **Corona und die Folgen für Rottenburg**

Interne Veranstaltung für die Kandidatinnen und Kandidaten der Gemeinderatswahl 2019 und Mitglieder der Linken  
Donnerstag, 25 Juni ab 19Uhr im AWO-Heim Rottenburg,  
Morizplatz 7

#### Kontakt zu **linksjugend rottenburg:**

facebook.com/solid-rottenburg-a.N.  
E-Mail: rottenburg@linksjugend-solid-bw.de

**Redaktionsschluss** für die Juli-Ausgabe: **Samstag 04. Juli 2020**

## **DIE LINKE.**

### **Neues aus dem Neckartal**

#### **Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an**

Gemeinderat Dr. Emanuel Peter (EP)  
Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg  
Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



#### **Redaktion**

Norbert Kern (Ke), 72108 Rottenburg - Wendelsheim, Kornbühlstraße 75



#### **V.i.S.d.P.**

Hans Jürgen Petersen (Pe), 72108 Rottenburg  
Eichendorffstr. 49

